



AStA der J. W. Goethe-Uni Mertonstraße 26 - 28 60325 Frankfurt am Main

Vorstand:
Kyra Beninga
Bengican Gülegen
Nils Zumkley

Axel Nieslony
Juri Ghofrani Azar
Alexander "Lexi" Knodt

Studierendenhaus,
Mertonstraße 26-28
60325 Frankfurt am Main

Telefon (069) 798 -2 31 81
Telefax (069) 70 20 39

www.asta-frankfurt.de
vorstand@asta-frankfurt.de

Frankfurt am Main,
18.05.2019

Goethe-Universität ermöglicht ihren Fachbereichen Streichung von Wiederholungsprüfungen | AStA kritisiert Sparpolitik und Belastung Studierender

Während auf Bundes- und Länderebene über das Resultat des „Hochschulpakts“ und damit die Finanzierungsgrundlage der Hochschulen diskutiert wird, ändert der Senat der Goethe-Universität die Rahmenbedingungen von Studiengängen. Durch die Novellierung der Rahmenordnung am vergangenen Mittwoch, eröffnet der Senat der Goethe-Universität seinen Fachbereichen die Möglichkeit die Zahl der Prüfungstermine zu verringern.

Konkret können Wiederholungsprüfungen zukünftig auch erst nach sechs Monaten stattfinden, anstatt bisher vorgeschriebener Termine spätestens zu Semesterbeginn. Formal müsse dies jedoch „begründet“ werden, um als Ausnahmeregelung Eingang in die jeweilige Studiengangsordnung zu finden.

Vom stellvertretenden AStA-Vorsitzenden der Goethe-Universität Axel Nieslony kommt deutliche Kritik: „Wenn Studierenden die Möglichkeit genommen wird, eine Prüfung zeitnah zu wiederholen, verzögert sich nicht nur die Studiendauer. Auch der persönliche Arbeitsaufwand erhöht sich enorm.“ Studierende, die eine Prüfung beispielsweise in Krankheitsfällen nicht wahrnehmen können, werden damit vor die Aufgabe gestellt, die Veranstaltung erneut zu belegen, häufig bei anderen Dozierenden und teilweise auch anderen Inhalten. „Damit geht eine noch stärkere Überbelegung der betroffenen Veranstaltungen einher. Schon jetzt gibt es einen nicht zu übersehenden Mangel an Seminarplätzen“,



so Axel Nieslony. Dies führe bei Studierenden zu Folgeproblematiken und einer verlängerten Studiendauer, nicht selten zu einem Verlust des BAföG-Anspruchs.

Der AStA begrüße dennoch, dass mit dem Ausschluss von „systematischen Verlängerungen der Studiendauer“, zumindest für Pflichtmodule weiterhin Wiederholungsprüfungen spätestens zu Semesterbeginn angeboten werden müssen. „In den Wirtschaftswissenschaften werden dadurch erstmals Nachschreibetermine für die meisten Module eingeführt. Das musste in der Senatskommission gegen Widerstände erkämpft werden.“ In der Senatssitzung selbst konnte durch Nachdruck aus der Studierendenschaft ein weiterer Teilerfolg erzielt werden: In Härtefällen gibt es zukünftig auf Antrag zusätzliche Nachschreibemöglichkeiten, beispielsweise wenn der Nachweis von Leistungen zur Weitergewährung von Stipendien oder zum Erhalt des BAföGs notwendig ist.

Doch im Großen und Ganzen von einem Fortschritt zu sprechen, lehnt Axel Nieslony ab: „Wir befürchten, dass Fachbereiche Wiederholungsprüfungen kürzen, schließlich wurde der Kostenfaktor in der Debatte immer wieder aufgebracht. Und studentische Strukturen sind heutzutage längst nicht so stark wie in vergangenen Zeiten.“ Umso schwächer würde zugleich der Widerstand sein. „Auch deshalb haben wir uns ausgerechnet auf der höchsten universitären Ebene dafür eingesetzt, der Streichung von Wiederholungsprüfungen einen Riegel vorzuschieben.“ Die Regelung schütze zudem keinesfalls gegen eine längere Dauer des Studiums. „Jeder fehlende Nachschreibetermin, führt zu einer Mehrbelastung im folgenden Semester. Das ist gerade in Frankfurt untragbar, wo viele Studierende arbeiten gehen, um die hohen Mieten irgendwie stemmen zu können.“

Zugleich kritisiert der AStA auch die Sparpolitik von Bund und Land. „Neben einem Mangel an geförderten Wohnheimplätzen, steigenden Essenspreisen in den Mensen und kaum ausreichenden Seminarplätzen, wird nun auch zwischen den Universitäten das Signal ausgesendet, jede mögliche Sparmöglichkeit in Betracht zu ziehen.“ Immerhin würden BAföG-Empfänger*innen in Härtefällen eine Verlängerung der Bezugsdauer erreichen können, was weitere Zweifel am Effekt von Einsparungen im Bereich der Studienbedingungen nach sich zieht. „Ob die Sparpolitik im Hochschulbereich wirklich immer den Staatshaushalt entlastet, sollte zum Wohle aller Beteiligten genauer analysiert werden“, reflektiert AStA-Vorstand Axel Nieslony.

